



*„Nur starke Gewerkschaften
können sozialpartnerschaftliche
Politik machen“*

INTERVIEW Der Soziologe Jürgen Hoffmann über das dramatisch veränderte Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital und die Politikfähigkeit der Gewerkschaften

Das Gespräch führte **MARGARETE HASEL**.

Jürgen Hoffmann, was ist für Sie der Kern des zeitgenössischen Kapitalismus?

Die Arbeitsbeziehungen im Kapitalismus sind rational organisiert und vermitteln zugleich Herrschaft und Ausbeutung. Die kollektiven Akteure, die die Arbeitsbeziehungen organisieren, brauchen, um sich durchzusetzen, eindeutige Grenzen: klar konturierte Arbeitsmärkte, überschaubare Milieus und einen politischen Rahmen. Das ist eine Bedingung ihrer Organisations- und Konfliktfähigkeit. Diese Grenzen erodieren ökonomisch wie sozial im Modernisierungsprozess. Die nationalstaatlichen Grenzen werden aufgelöst, die Arbeitsmarkt-grenzen verflüssigt, die Milieus pluraler. Darauf können sich Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeberverbände und allgemein die Politik nur schwer einstellen.

Seit wann lösen sich diese klaren Grenzen auf?

Die Auflösung des Arbeitermilieus setzt schon Mitte der 50er Jahre ein, wenn nicht schon viel früher. Parallel nimmt der Dienstleistungssektor zu. In diesem Sektor sind die Grenzen per se nicht so klar wie in der Industrie. Seit der Weltwirtschaftskrise 1975 vollzieht sich dann der Übergang vom Fordismus zu nach-fordistischen Produktionssystemen. Sie eröffnen den Unternehmen Formen der internen wie der externen Flexibilisierung über die Landesgrenzen hinaus. Dazu kommt der europäische Binnenmarkt ...

... und die Globalisierung.

Für die deutschen Unternehmen ist die Europäisierung vorrangig. Ihre Handelsbeziehungen und Direktinvestitionen sind – sieht man von den USA ab – immer noch auf die EU konzentriert. Sie konnten ihre Produktionsfaktoren europaweit rekombinieren, ihre integrierten Produktionsprozesse an unterschiedlichen Standorten lokalisieren und aufgrund der guten Infrastruktur effizient miteinander verbinden. Nach-fordistische Produktionsstrukturen – externe Flexibilisierung, Outsourcing, global sourcing –, Europäisierung und Internationalisierung der Produktion und der Märkte greifen so ineinander.

Was zeichnet den Rheinischen Kapitalismus aus?

Es gibt nicht „den“ Kapitalismus, sondern unterschiedliche institutionelle, kulturelle und normative Einbindungen der Produktion in gesellschaftliche Systeme, die sich über lange Zeiträume ausgebildet haben. Die Stärken der deutschen Variante liegen in einem spezifischen Verbund komplementärer Institutionen: eine Finanzierung durch langfristige Bankkredite und eine Stakeholderorientierung

beim Aktienkapital, die eine langfristig orientierte Unternehmensführung ermöglichen, ein duales Unternehmensführungsmodell mit Aufsichtsrat und Vorstand, starke Gewerkschaften und Unternehmerverbände, das Kammerwesen, die Mitbestimmung, ein duales System der Berufsausbildung. All das ermöglicht eine diversifizierte Qualitätsproduktion auf Basis einer qualifizierten Facharbeit, die sich, abgesichert durch den Kündigungsschutz, auch auf eine betriebsspezifische Qualifizierung einlassen kann und in die Unternehmen deshalb auch investieren. Das ist die Basis des Exportweltmeisters. Aktuell profitieren selbst kleine und mittlere deutsche Betriebe beispielsweise von der boomenden Investitionsnachfrage Chinas und liefern die Qualitätsprodukte, die die Chinesen brauchen.

Wodurch gerät diese scheinbar unschlagbare Variante des Kapitalismus unter Druck?

Vor allem durch die Veränderung der Finanzierungsstruktur, durch den Übergang von langfristig orientierten Stakeholdern zu kurzfristig orientierten Shareholdern, etwa in Form von Investment-Fonds und durch die Anforderungen eines sich enorm beschleunigenden Weltmarkts: Dadurch werden langfristige Unternehmenskonzepte zugunsten von kurzfristigen aufgegeben, Quersubventionierungen abgebaut, der Kostensenkungsdruck verschärft und vor allem Vertrauensstrukturen zwischen Zulieferern, Management und Beschäftigten zerstört. Doch gerade das Vertrauen ist eine zentrale Produktivkraft der Qualitätsproduktion.

Zudem hat Deutschland vor allem auf dem Arbeitsmarkt Probleme.

Statt auch den Erfolg auf den Weltmärkten an die Zulieferunternehmen weiterzugeben, geben die Global Players nur noch den Kostendruck weiter. Die in der Industrie freigesetzten Arbeitskräfte werden aber nicht wie andernorts vom Dienstleistungssektor absorbiert, weil ihre Qualifikation relativ hoch, aber zugleich auf bestimmte Produktionen und Berufe fixiert ist. Die Regulierungserfordernisse des modernen flexiblen Dienstleistungssektors sind nicht deckungsgleich mit dem Rheinischen Modell.

Was bedeutet dies für den Flächentarifvertrag?

Es kommt auf die Akteure an, ob die Flexibilisierung der Flächentarifverträge zu Deregulierung oder zu einer kontrollierten Dezentralisierung führt. Die großen Unterschiede der Betriebs- und Marktbedingungen zwingen die Gewerkschaften zu einer Gratwanderung, das Basiseinkommen flächendeckend zu erhalten und zugleich ▶

- wachsende ökonomische Unterschiede flexibel zu bearbeiten. Wenn sich dadurch das Bündnis Betriebsräte/Gewerkschaften lockert, wäre das ein Alarmzeichen. Zugleich ist es ein Zeichen von Flexibilität, wenn die Betriebsräte die Signale der Tarifverträge an den Betrieb anpassen.

Planbarkeit und Flexibilität, Sicherheit und Wendigkeit, Verlässlichkeit und Dynamik – eine deutsche Mischung?

Die Flächentarifverträge sind flexibel und bieten zugleich eine hohe Kalkulations- und Kostensicherheit. Vom zweistufigen System – Flächentarif und Anpassung durch Betriebsvereinbarungen – profitieren die Betriebe und die Beschäftigten enorm. Doch weil selbst Klein- und Mittelbetriebe heute der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind, hat auch das Concession Bargaining zugenommen: Auf der Betriebsebene wird auf etwas verzichtet, was der Tarifvertrag zusichert, weil die Unternehmen mit Verlagerungen drohen können. Das ist die neue Qualität in den Arbeitsbeziehungen.

Wie bedrohlich ist diese neue Qualität?

Das System gerät – wie erwähnt – durch die veränderten Finanzierungsmodalitäten unter Druck. Und durch Arbeitgeber, die jetzt aus den Verbänden austreten oder die erst gar nicht eintreten, wie in den modernen Dienstleistungsbereichen oder in Ostdeutschland. Eine tragende Säule unseres Systems, der Korporatismus, wird allerdings auch durch die aktuelle Schwäche der Gewerkschaften bedroht. Denn nur starke Gewerkschaften können sozialpartnerschaftliche Politik machen.

Steht sich der Kapitalismus deutscher Provenienz nicht auch selbst im Weg? Welche strukturellen Elemente sollte er im wohlverstandenen Eigeninteresse schleunigst abwerfen?

Die Logik des Produzierens sollte nicht mehr nur von der industriellen Logik dominiert werden. Rationalisierung wird immer noch

technische Lösungen, Komplettlösungen mit Hilfe der Facharbeit versucht. Die soziale Kompetenz der Menschen wird zu wenig abgerufen. Entsprechend sind die dualen Ausbildungsinhalte zu verändern – wie es jetzt zum Beispiel mit den Schlüsselqualifikationen versucht wird.

Gibt es Reformbedarf auch bei der Mitbestimmung?

Sie wird von zwei Seiten herausgefordert. Zum einen durch postfordistische Strukturen, in denen Unternehmensentscheidungen immer stärker an die Basis vor Ort verlagert werden. Die Produktionsprozesse sind zu komplex geworden, Probleme sollen durch Arbeitsgruppen wie Quality Control Circles gelöst werden. Auf der anderen Seite entziehen sich internationalisierte Unternehmen ebenfalls der Mitbestimmung. Die Verlagerung nach unten wurde durch Betriebsräte und durch Betriebsvereinbarungen relativ gut gelöst. Schwieriger ist die Mitbestimmung auf europäischer Ebene, über die Europäischen Betriebsräte und die Europäische Aktiengesellschaft. Doch steht die Mitbestimmung nicht so sehr unter Druck, außer dort, wo Finanzinvestoren in die Unternehmen einrücken. Ansonsten sind die Unternehmer mit der Mitbestimmung in hohem Maße zufrieden. Denn sie hat die Anpassung an die Weltmarktbedingungen erleichtert. Der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus konnte in Deutschland dank Mitbestimmung recht erfolgreich gemanagt werden.

Auch an der zahlenmäßigen Parität in den Aufsichtsräten, dem in Stein gemeißelten deutschen Klassenkompromiss, wird gerüttelt.

Mit diesem Kompromiss sind die Unternehmen gut gefahren. Jetzt will man durch eine andere Besetzung des Aufsichtsrats symbolisch demonstrieren, dass sich das Gewicht zur Arbeitgeberseite verschiebt. Es ist ein Schritt zurück zur Alleinverfügung der Eigentümer und Manager. Die Manager stehen dabei unter dem Druck der Shareholder, besonders der Investment-Fonds. Sie nehmen übrigens diesen Druck gerne zusammen mit Aktienoptionen auf sich.

Das Finanzkapital ist einer der Treiber der Globalisierung. Wer kann es kontrollieren?

Bei aller notwendigen Kritik: Selbst das Finanzkapital folgt einer gewissen Rationalität. Auch Finanzinvestoren

können nicht übersehen, dass der Rheinische Kapitalismus auf dem Weltmarkt sehr erfolgreich ist. Es gibt Anzeichen dafür, dass einige Akteure hier durchaus vorsichtig mit den Basisinstitutionen der deutschen Kapitalismusvariante umgehen, weil sie erkennen, dass diese Ökonomie bestimmte institutionelle Einbettungen benötigt. Aller-

„Die großen Unterschiede der Betriebs- und Marktbedingungen zwingen die Gewerkschaften zu einer Gratwanderung.“

sehr stark im industriellen Sinne verstanden. Durch mehr Technik wird die Produktion pro Arbeitseinheit erhöht. Im Dienstleistungssektor funktioniert das nicht. Dort werden soziale Kompetenz, Zusammenarbeit und Kundenorientierung verlangt. An diesem Punkt schwächelt der Rheinische Kapitalismus. Bei uns werden immer



ZUR PERSON

PROF. DR. JÜRGEN HOFFMANN lehrt Politische Soziologie an der Universität Hamburg. Er ist Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und kooperiert mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) in Brüssel. Als Wissenschaftler hat er sich vor allem mit seinen Untersuchungen über die industriellen Beziehungen und die Rolle der Gewerkschaften in Deutschland und Europa einen Namen gemacht. Seit Anfang der 90er Jahre ist er Mitglied des Hattinger Kreises gewerkschaftsnaher Vor- und Querdenker und auch Mitautor des Buches „Jenseits der Beschlusslage“, dessen Titel in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte rasch zum geflügelten Wort wurde. Im vorigen Herbst ist im Verlag Westfälisches Dampfboot seine jüngste Publikation erschienen: „Arbeitsbeziehungen im Rheinischen Kapitalismus – Zwischen Modernisierung und Globalisierung“, in der Hoffmann die institutionellen Grundlagen der Ökonomie wie der Arbeitsbeziehungen einer Analyse unterzieht, die sich – wie er selbst schreibt – „einer Kritik der politischen Ökonomie verpflichtet sieht“. ■

dings ist das Finanzkapital auch Gefangener seiner eigenen Logik: Investiert wird mit dem Ziel, kurzfristig die Unternehmen so zu sanieren, dass aus dem Wiederverkauf Profit gemacht wird. Es hängt aber auch von der Stärke der Gewerkschaften ab, ob es gelingt, die Interessen der Beschäftigten in die Prozesse der Umstrukturierung einzubringen.

Führende angelsächsische Ökonomen behaupten, dass das neoliberale Paradigma seinen Zenit überschritten hat. Dagegen scheint es eine Keynes-Renaissance zu geben.

Allerdings. Vorsicht ist dabei beim sogenannten Hydraulik-Keynesianismus angebracht. Danach pumpt man Geld in die Konsumnachfrage und schon wird die Ökonomie angeworfen! Marx und andere haben dagegen betont, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen und in der Folge die Nachfrage der Unternehmen untereinander der entscheidende Hebel sind. Die Konsumnachfrage hat relativ wenige Gesamteffekte, weil sie durch die hohe Produktivität in der Massenkongsumgüterproduktion in der Regel schnell befriedigt wird. Entscheidend ist der Gesamtzusammenhang von Produktion und Nachfrage. Für die zyklische Entwicklung sind die Investitionszyklen maßgeblich. Auch im aktuellen Aufschwung ziehen zunächst die Inlandsinvestitionen an. In der Folge steigen – hoffentlich – auch die Löhne und dann unter Umständen auch die Konsumnachfrage. Dabei hinken die Löhne der Konjunktur immer hinterher. Die Ge-

werkschaften benutzen das Kaufkraftargument gern, um die Lohninteressen der Beschäftigten als Beitrag zur Stabilität der Gesamtwirtschaft darzustellen.

Das macht doch Sinn.

Spricht aber nicht automatisch für die wissenschaftliche Richtigkeit. Natürlich sind die Löhne ein Nachfragefaktor. Wenn die Löhne beliebig nach unten geschraubt werden, kann das auch zur Deflation führen. Die zieht die ganze Ökonomie nach unten. Insofern ist auch hier eine Basisnachfrage wichtig. Aber für die Dynamik des Konjunkturzyklus spielen die Löhne leider eine untergeordnete Rolle.

Haben also die Angebotstheoretiker Recht, die eine Politik fordern, die auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer abzielt?

Man kann bei niedrigen Profitraten, niedriger Profiterwartung und hohen Renditen im Spekulationsbereich die Löhne und die Steuern noch so sehr senken, es hilft nichts. Die Kapitalgesellschaften hatten 2003 und 2004 teilweise Riesengewinne. Aber sie haben nicht investiert, weil sie die zukünftigen Gewinne verglichen mit alternativen Anlagen anders eingeschätzt haben. Der überwiegenden Mehrheit der deutschen Ökonomen ist hingegen vorzuwerfen, allein die Lohn- und Sozialkosten ins Zentrum der Analyse zu stellen, weil das die sozial variablen Kosten sind. Und die Regierung Schröder ist diesen Überlegungen viel zu weit gefolgt. ■